

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **34 (1959)**

Heft 6

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Grundstückspekulation

Eine Kleine Anfrage Steinmann befaßte sich mit der Boden- und Häuserspekulation. Die Antwort des Bundesrates lautet:

«Der Bundesrat erinnert daran, daß mit der grundsätzlichen Vorprüfung der Postulate Spühler und Freimüller betreffend Bekämpfung der Bodenspekulation eine Studienkommission beauftragt wurde. Der Bericht dieser Studienkommission ist den Kantonen und interessierten Kreisen bereits unterbreitet worden mit der Bitte, ihre allfälligen Bemerkungen dazu bis Ende August 1959 einzureichen. Erst nach Durchführung dieses Vernehmlassungsverfahrens wird der Bundesrat urteilen können, ob und gegebenenfalls welche gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Bodenspekulation in Erwägung gezogen werden können.»

Auch der Kanton Graubünden will den Wohnungsbau fördern

Der Große Rat Graubündens genehmigte einen regierungsrätlichen Antrag auf die jährliche Bereitstellung von höchstens 20 000 Franken für die Förderung des sozialen Wohnungsbaues im Rahmen des Bundesbeschlusses von 1958.

Der Verband Württembergischer Wohnungsunternehmen

feierte in Stuttgart sein 50jähriges Bestehen. Er konnte dabei feststellen, daß die ihm angeschlossenen gemeinnützigen Unternehmen in den fünfzig Jahren 132 422 Wohnungen erstellt haben und daß bei 80 Prozent dieser Wohnungen der Mietzins weniger als 80 Mark im Monat beträgt.

Die finnischen Konsumgenossenschaften fördern den Wohnungsbau

Am Verbandstag des Jahres 1939 wurde von den fortschrittlichen Konsumgenossenschaften der Wohnungsbau offiziell in das Programm der Bewegung aufgenommen. Der Zentralverband KK wurde beauftragt, ein aus Experten bestehendes Wohnbaukomitee zu gründen mit der Aufgabe, die gefaßten Beschlüsse in die Praxis umzusetzen. Seit 1940 hat dann die fortschrittliche Konsumgenossenschaftsbewegung in vielen Orten Finnlands Wohnbaugenossenschaften und -gesellschaften gegründet. Der für die erste Wohnbaugenossenschaft in Helsinki verwendete Name HAKA wurde auch für

sämtliche neuen Gesellschaften und Genossenschaften übernommen. Die HAKA-Wohnbauunternehmungen sind unabhängig und selbständig, die Rechtsform ist in den Städten die einer Genossenschaft, in den kleineren Orten die einer Aktiengesellschaft. Derzeit arbeiten in Finnland 33 HAKA-Wohnbauunternehmungen, davon 15 in Städten, 16 in kleinen Provinzstädten und zwei in den Landbezirken. Die Mitglieder der Aktionäre dieser HAKA-Unternehmungen sind jeweils die örtliche Konsumgenossenschaft und ihre Zentralorganisationen sowie die örtliche Gemeindeverwaltung; in einigen Fällen sind auch große Industrieunternehmungen beteiligt.

Amerikanisches Programm für subventionierten Wohnbau

Das Repräsentantenhaus handelte gegen den ausdrücklichen Wunsch Präsident Eisenhowers und genehmigte mit 261 gegen 160 Stimmen eine Vorlage eines Vierjahresprogramms für den subventionierten Wohnbau. Einige Republikaner erklärten, Präsident Eisenhower werde zweifellos sein Veto einlegen, wenn die Wohnbauvorlage auch vom Senat angenommen werde. Der Präsident hat seine Opposition gegen die in der Vorlage enthaltene staatliche Subventionierung und gegen den Aufwand von 2,1 Milliarden Dollar angekündigt.

Genossenschaften in Kambodscha

Den Nachrichten zufolge, die den IGB aus Kambodscha erreichen, zeitigen die Bemühungen des Königlichen Amtes für Genossenschaftswesen um die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung erfreuliche Ergebnisse. Die Arbeit des Amtes richtet sich hauptsächlich auf drei Gebiete: Kredit, Produktion und Einzelhandel. Die Kreditgenossenschaften haben bereits mehr als 90 000 Mitglieder und ein eingezahltes Anteilkapital von über 4,5 Millionen Rials. An über 50 000 Borger wurden Darlehen in der Höhe von insgesamt fast 123 Millionen Rials ausgeben.

Die Gruppe der Produktivgenossenschaften besteht zum Teil aus Handwerker-genossenschaften, zum Teil aus Verarbeitungsgenossenschaften für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Zu den Handwerker-genossenschaften gehören 28 Webergensossenschaften, dazu eine Genossenschaft für die Gewinnung von Salz und eine für kambodschanisches Kunstgewerbe. Die landwirtschaftlichen Ge-

nossenschaften umfassen 9 Reisgenossenschaften und 13 Genossenschaften, die Mais und Rohreis verarbeiten, dazu eine Tabakgenossenschaft. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind eigentlich Vielzweckgenossenschaften; denn sie beliefern ihre Mitglieder gleichzeitig mit Kunstdünger und anderem Rohmaterial und vermitteln die Darlehen, die das Königliche Amt an Erzeuger abgibt. Das Amt hat Traktoren und Motorpumpen angeschafft, die es den Bauern über ihre Genossenschaften leiht oder auf Kredit verkauft.

Die Konsumgenossenschaften – 269 an der Zahl – beliefern hauptsächlich die Landbevölkerung mit dem Lebensnotwendigen. Ende 1958 hatten sie insgesamt mehr als 82 000 Mitglieder, und ihr Umsatz belief sich auf 123,6 Millionen Rials.

Vom Wohnungsbau in Ostberlin

Der Magistrat von Ostberlin unternimmt größere Anstrengungen, um das *Wohnungsbauprogramm* zu erfüllen. In den Außenquartieren, zum Beispiel in Köpenick, entstehen große Wohnkolonien. Die kommunistischen Stadtplaner sind von der Bauart und der Zuckerbäckerarchitektur der Zeit Stalins abgerückt und wenden jetzt die «Großblockbauweise» an, bei der vorfabrizierte Quader aufeinandergeschichtet werden. Im letzten Jahr wurden in Ostberlin über 9000 neue Wohnungen gebaut, die heller und geräumiger sind als die gequetschten Schläuche in den Wohnfelsen in der Stalinallee. Rechnet man diese Zahl auf die Bevölkerung Ostberlins um, so ergibt sich für das vergangene Jahr eine annähernd gleiche Leistung im Wohnungsbau wie in Westberlin. Es ist allerdings zu betonen, daß im Ostsektor in den früheren Jahren sehr wenig gebaut wurde, während in Westberlin Jahr für Jahr rund 20 000 neue Wohnungen entstanden. Eine beachtliche Leistung stellt die Erstellung des Ostberliner Tierparks mit seinen großen Freigehegen dar; die Bevölkerung hat an diesem Projekt lebhaft Anteil genommen und durch freiwillige Spenden und Arbeiten zum Gelingen des Werkes beigetragen. («NZZ»)

Genossenschaftliche Bildungsarbeit

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Heimstättenwerkes führte innerhalb neuneinhalb Jahren 100 Lehrgänge über Wohnungs- und Siedlungswesen durch. 140 Referenten hielten 950 Vorträge, und an den Kursen nahmen rund 6500 Personen teil.